

## Protokoll 199. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 18. April 2018, 17.00 Uhr bis 20.06 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Dr. Peter Küng (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Alexander Brunner (FDP), Kurt Hüssy (SVP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2018/133](#) \* Weisung vom 04.04.2018: VIB  
Motion von Hans Jörg Käppeli und Thomas Wyss betreffend Erarbeitung eines Konzeptentscheids für eine Tramlinie nach Affoltern unter hälftiger Beteiligung des ZVV, Bericht und Abschreibung
3. [2018/134](#) \* VTE  
E Postulat von Marcel Savarioud (SP) und Dorothea Frei (SP) vom 04.04.2018:  
Ersatz der Kehrichtabfuhrlastwagen durch Elektrofahrzeuge
4. [2018/135](#) \* VTE  
E Postulat von Markus Kunz (Grüne), Helen Glaser (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 04.04.2018:  
Anschluss von möglichst vielen Gebäuden in den künftigen Fernwärmegebieten
5. [2018/136](#) \* VTE  
E Postulat von Markus Kunz (Grüne), Helen Glaser (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 04.04.2018:  
Abdeckung der Spitzenlast der Fernwärmeversorgung ohne fossile Energieträger
6. [2018/137](#) \* VTE  
E Postulat von Markus Kunz (Grüne), Guido Hüni (GLP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 04.04.2018:  
Multifunktionale Auslegung des Fernwärmenetzes im Zusammenhang mit der Planung und Projektierung der Fernwärmeverbindungsleitung
7. [2018/139](#) Amt für Städtebau, Teilrevision der Bau- und Zonenordnung, Festsetzung, Entscheid des Baurekursgerichts des Kantons Zürich, Verzicht auf eine Beschwerde an das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich

- |     |                         |                                                                                                                                                                                                                                                                            |     |
|-----|-------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 9.  | <a href="#">2017/45</a> | Interpellation der SP-Fraktion vom 08.03.2017:<br>Charta zur Lohngleichheit im öffentlichen Sektor, Zweck der Charta und Umsetzung der Ziele in der Stadt sowie Schwerpunkte und Massnahmen nach 2018                                                                      | STP |
| 10. | <a href="#">2017/54</a> | Interpellation von Helen Glaser (SP) vom 15.03.2017:<br>Weihnachtsmarkt auf dem Münsterhof, Grösse, Nutzungsdauer und Öffnungszeiten des geplanten Markts sowie Überlegungen zur möglichen Konkurrenzsituation zu den übrigen Weihnachtsmärkten und den Quartiergeschäften | STP |
| 11. | <a href="#">2017/77</a> | A/P Motion der SP-, Grüne-, GLP- und CVP-Fraktion vom 29.03.2017:<br>Einführung einer AusländerInnen-Initiative als Instrument für die Mitwirkung von Ausländerinnen und Ausländern mit einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung                                  | STP |

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### **3964. 2018/156 Erklärung der SVP-Fraktion vom 18.04.2018: Bodycams bei der Stadtpolizei**

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Bartholdi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Der steinige Weg der erfolgreichen Bodycams

Die SVP hatte bereits 2011 in einem Postulat gefordert, dass Polizistinnen und Polizisten in einem Pilotversuch mit Kameras ausgerüstet werden sollen. Mit dem städtischen Datenschutzbeauftragten wäre unter Einhaltung der Datenschutzverordnung (DSV) eine entsprechende Grundlage erstellt worden. An der 100. Ratssitzung vom 16. Dezember 2011 wurde dieser Vorstoss mit 25 zu 96 Stimmen noch abgelehnt.

Mit Genugtuung nahm die SVP zur Kenntnis, dass die Stadtpolizei für 2017 einen Pilotversuch mit Bodycams machte und das Postulat der SVP mit einer Verzögerung umsetzen will. Jedoch wollte eine Minderheit der linken Ratsseite den Versuch mit einer Streichung von 9'000 CHF im Budget 2017 verhindern. Der Rat bewilligte mit 65 gegen 55 Stimmen die Beschaffung von Bodycams am 16. Dezember 2016. Ein Vorstoss der SP, welcher den Abbruch des Projektes forderte, wurde am 5. April 2017 zurückgezogen.

Am Freitag, 13. April 2018, orientierte das Sicherdepartement die Öffentlichkeit über die Erfahrungen mit den Bodycams. Was wurde festgestellt? Die Bodycams eignen sich als Beweismittel bei Delikten und Straftaten. Mit Bild- und Tonaufnahmen kann die Täterschaft ermittelt werden, Straftatbestände eruiert und der Täterschaft zugeordnet werden. Bodycams haben aber auch eine präventive und nachgewiesenen deeskalierende Wirkung. Diese Kameras verhindern nicht nur Straftaten, sondern schützen die Polizistinnen und Polizisten vor Übergriffen und Gewalt. Hochgerechnet können so jährlich rund 50 Angriffe auf die Polizei dank der Bodycams verhindert werden, wie das Fazit der wissenschaftlichen Studie, die den Pilotversuch intensiv begleitete, zeigt.

Es braucht gleich lange Spiesse zwischen den Polizistinnen/Polizisten und Zivilpersonen. Während heutzutage die Bevölkerung de facto jederzeit in der Lage ist, mit mobilen Geräten zu filmen, hatte die Polizei nur sehr eingeschränkt diese Möglichkeit zur Verfügung und war deshalb in der Praxis oft auf Aufnahmen von Drittpersonen angewiesen.

Die SVP ist bei der staatlichen Überwachung der Bürgerinnen und Bürger kritisch und deshalb soll nicht jede Polizistin oder jeder Polizist jederzeit Aufnahmen machen dürfen. Es soll primär dort gefilmt werden, wo eine Situation eskaliert oder Gesetzesverstösse beobachtet werden, wie beispielsweise Drohung gegenüber dem Personal, Sachbeschädigungen oder Gewalt gegen Dritte. Deshalb sind auch Aufnahmen im unfriedlichen Ordnungsdienst äusserst wertvoll, wie erst kürzlich die Aufnahmen bei einer Schlägerei zwischen Hooligans zeigten.

Die rechtlichen Grundlagen für die Weiterführung des erfolgreichen Versuchs mit Bodycams muss nun erarbeitet und sichergestellt werden. Die SVP wird dieses Bestreben unterstützen.

**3965. 2018/144**

**Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 11.04.2018:  
Integrale Planung zur Entwicklung eines hochwertigen, grosszügigen und zusammenhängenden städtischen Raums für die Gloriastrasse und die angrenzenden Vorbereiche der Neubauprojekte**

Markus Knauss (Grüne) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 23. Mai 2018 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

**3966. 2018/164**

**Stadtrat Andres Türler; Rücktritt**

Der Ratspräsident verabschiedet den Stadtrat Andres Türler und würdigt seine Amtstätigkeit.

**3967. 2018/165**

**Stadtrat Gerold Lauber; Rücktritt**

Der Ratspräsident verabschiedet den Stadtrat Gerold Lauber und würdigt seine Amtstätigkeit.

**3968. 2018/166**

**Stadträtin Claudia Nielsen; Rücktritt**

Der Ratspräsident verabschiedet die Stadträtin Claudia Nielsen und würdigt ihre Amtstätigkeit.

**G e s c h ä f t e****3969. 2018/133****Weisung vom 04.04.2018:****Motion von Hans Jörg Käppeli und Thomas Wyss betreffend Erarbeitung eines Konzeptentscheids für eine Tramlinie nach Affoltern unter hälftiger Beteiligung des ZVV, Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Zirkularbeschluss des Büros vom 17. April 2018

**3970. 2018/134****Postulat von Marcel Savarioud (SP) und Dorothea Frei (SP) vom 04.04.2018:  
Ersatz der Kehrriechtabfuhrlastwagen durch Elektrofahrzeuge**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**3971. 2018/135****Postulat von Markus Kunz (Grüne), Helen Glaser (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 04.04.2018:****Anschluss von möglichst vielen Gebäuden in den künftigen Fernwärmegebieten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**3972. 2018/136****Postulat von Markus Kunz (Grüne), Helen Glaser (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 04.04.2018:****Abdeckung der Spitzenlast der Fernwärmeversorgung ohne fossile Energieträger**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**3973. 2018/137**

**Postulat von Markus Kunz (Grüne), Guido Hüni (GLP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 04.04.2018:**

**Multifunktionale Auslegung des Fernwärmenetzes im Zusammenhang mit der Planung und Projektierung der Fernwärmeverbindungsleitung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**3974. 2018/139**

**(2014/335 - Weisung vom 29.10.2014)**

**Amt für Städtebau, Teilrevision der Bau- und Zonenordnung, Festsetzung, Entscheidung des Baurekursgerichts des Kantons Zürich, Verzicht auf eine Beschwerde an das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich**

Anträge des Büros

Das Büro beantragt dem Gemeinderat:

Auf eine Beschwerde gegen den Entscheid des Baurekursgerichts des Kantons Zürich (R1S.2017.05137, BRGE Nr. 0033/2018) vom 23. März 2018 zum Rekurs gegen die Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Festsetzung Baubereich und Lage für Neubauten in der Kernzone Affoltern an das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich wird verzichtet.

Zustimmung: Präsident Dr. Peter Küng (SP), 1. Vizepräsident Martin Bürki (FDP), 2. Vizepräsident Heinz Schatt (SVP), Ezgi Akyol (AL), Dr. Davy Graf (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Karin Meier-Bohrer (Grüne), Mark Richli (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Matthias Wiesmann (GLP), Vera Ziswiler (SP)

Abwesend: Martin Götzl (SVP), Albert Leiser (FDP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros mit 109 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Auf eine Beschwerde gegen den Entscheid des Baurekursgerichts des Kantons Zürich (R1S.2017.05137, BRGE Nr. 0033/2018) vom 23. März 2018 zum Rekurs gegen die Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Festsetzung Baubereich und Lage für Neubauten in der Kernzone Affoltern an das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich wird verzichtet.

Mitteilung an den Stadtrat

**3975. 2017/45****Interpellation der SP-Fraktion vom 08.03.2017:  
Charta zur Lohngleichheit im öffentlichen Sektor, Zweck der Charta und Umsetzung der Ziele in der Stadt sowie Schwerpunkte und Massnahmen nach 2018**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 668 vom 30. August 2017).

Marcel Tobler (SP) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

**3976. 2017/54****Interpellation von Helen Glaser (SP) vom 15.03.2017:  
Weihnachtsmarkt auf dem Münsterhof, Grösse, Nutzungsdauer und Öffnungszeiten des geplanten Markts sowie Überlegungen zur möglichen Konkurrenzsituation zu den übrigen Weihnachtsmärkten und den Quartiergeschäften**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 572 vom 12. Juli 2017).

Helen Glaser (SP) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

**3977 2017/77****Motion der SP-, Grüne-, GLP- und CVP-Fraktion vom 29.03.2017:  
Einführung einer AusländerInnen-Initiative als Instrument für die Mitwirkung von Ausländerinnen und Ausländern mit einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Isabel Garcia (GLP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 2807/2017).

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Dr. Davy Graf (SP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2018/157 (statt Motion GR Nr. 2017/77, Umwandlung) wird mit 71 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**3978. 2018/152****Verabschiedung der zurücktretenden und der nicht wiedergewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie des abtretenden Präsidenten des Gemeinderats**

Ratspräsident Dr. Peter Küng (SP) eröffnet die Verabschiedung der zurücktretenden und der nicht wiedergewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte.

(Fraktionserklärung siehe Beschluss-Nr. 3979/2018)

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**3979. 2018/158****Erklärung der CVP-Fraktion vom 18.04.2018:  
Ausscheiden der CVP aus dem Gemeinderat**

Namens der CVP-Fraktion verliest Karin Weyermann (CVP) folgende Fraktionserklärung:

The show must go on

Die wöchentlichen Gemeinderatssitzungen erinnern gelegentlich ein wenig an ein Theater, sind die Sitzungen doch die Bühnen für die Politikerinnen und Politiker, sich und ihre Ideen wöchentlich den Medienschaffenden und den Zuschauern zu präsentieren. Die grosse Arbeit wird jedoch hinter den Kulissen, sei es in den Kommissionen, im Foyer oder in den Parteigremien, geleistet. Gerade für die CVP als kleine Fraktion war es sehr anspruchsvoll, diese Arbeit zu leisten. So waren wir in den Kommissionen höchstens mit einem Vertreter oder einer Vertreterin präsent und mussten auch die Geschäfte der Kommissionen betreuen, in denen wir nicht vertreten waren. Auch die zahlreichen Anlässe mit der Bevölkerung und der Partei konnten nur auf wenige Schultern verteilt werden. Daher ist es mir heute ein besonderes Anliegen, meinen Fraktionskollegen ganz herzlich für ihren riesigen Einsatz zu danken, den sie geleistet haben.

Heute – ganz genau am 16. Mai 2018 - geht eine Ära zu Ende. Die CVP wird erstmals seit 1913 nicht mehr im Gemeinderat der Stadt Zürich vertreten sein. Wir bedauern dies ausserordentlich, da wir diese Arbeit sehr gerne geleistet haben und durch das Ausscheiden natürlich auch die Bühne verlieren, unsere Ideen zu präsentieren. Nach wie vor unverständlich ist, dass durch die willkürliche 5 %-Hürde 3.67 % der gesamtstädtischen Wählenden nicht mehr im Parlament vertreten sein werden. Die EVP/BDP, welche dieses Mal den Sprung ins Parlament wieder geschafft haben, repräsentieren demgegenüber gerade mal 2.80 % des gesamtstädtischen Wähleranteils. Zudem befürchten wir durch die linke Dominanz eine Stärkung der ideologischen Politik und eine Verhärtung der Fronten. Mit der CVP wird unseres Erachtens eine kleine, aber wichtige und konsensfähige Kraft im Gemeinderat in Zukunft fehlen. Wir haben uns immer für gute und breit abgestützte Lösungen eingesetzt und zahlreiche Kompromisse erarbeitet. Erinnerung sei an die Kompromisse im Bereich Parkplatzgebühren, Vermietungsrichtlinien, Observationsverordnung, Sechseläutenplatz und noch viele mehr.

Jetzt gilt es aber, den Kopf nicht hängen zu lassen. Diese Wahlen haben ja auch gezeigt, dass eine Rückkehr nach vier Jahren Abwesenheit durchaus realistisch ist. Somit gilt es, heute vorwärts zu schauen. Einige aus unserer Fraktion sind verdankenswerterweise bereit, sich auch weiterhin mit viel Engagement für die Partei einzusetzen, sich regelmässig zu treffen und die aktuelle städtische Politik aufmerksam zu verfolgen. Wir werden die städtische Politik von aussen verfolgen und uns regelmässig zu Wort melden. Wir danken den Medienschaffenden schon heute, dass sie uns nicht ganz vergessen und bei den Berichterstattungen auch weiterhin berücksichtigen.

Wir sind überzeugt, dass die Politik eine bürgerliche Partei mit sozialem Gewissen braucht, gerade in einer wunderschönen und lebenswerten Stadt wie Zürich. Wir werden dafür kämpfen, dass wir in vier Jahren den Einzug ins Parlament wieder schaffen und aus dieser Niederlage gestärkt hervorgehen.

In diesem Sinn verabschieden wir uns heute hier vom Gemeinderat und von vielen guten Freunden aus allen Parteien, interessanten Persönlichkeiten sowie spannenden Diskussions- und Gesprächspartnern. Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit, nicht nur an die Ratsmitglieder, sondern speziell auch an die Parlamentsdienste. Wir wünschen euch alles Gute, bleibt sachlich und vor allem viel Spass an der politischen Arbeit.

Auf Wiedersehen spätestens in vier Jahren im Gemeinderat und hoffentlich vorher schon bei politischen oder apolitischen Anlässen.

## 3978. 2018/152

**Verabschiedung der zurücktretenden und der nicht wiedergewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie des abtretenden Präsidenten des Gemeinderats**

Ratspräsident Dr. Peter Küng (SP) würdigt die Amtstätigkeit der nachfolgenden Ratsmitglieder:

Name, Partei	Wahlkreis	Eintritt	Jahre im GR	Austrittsgrund	Vorstösse
<b>0–4 Jahre</b>					
Widmer Johann (SVP)	10	21.07.2017	1	nicht wiedergewählt	11
Albrecht Patrick (FDP)	11	01.05.2017	1	nicht wiedergewählt	4
Bodmer Onorina (FDP)	10	30.05.2015	3	nicht wiedergewählt	3
Rudolf Reto (CVP)	11	30.05.2015	3	nicht wiedergewählt	1
Richter Derek (SVP)	3	05.06.2015	3	nicht wiedergewählt	32
Hirsiger Eva (Grüne)	11	02.10.2014	4	Wahl nicht angenommen	9
Vogelbacher Reto (CVP)	12	02.10.2014	4	nicht wiedergewählt	6
Luchsinger Christoph, Dr. (FDP)	1 und 2	11.07.2014	4	nicht wiedergewählt	8
Osbahr Thomas (SVP)	9	07.05.2014	4	nicht wiedergewählt	5
<b>5–8 Jahre</b>					
Bertozi Roberto (SVP)	11	01.04.2013	5	nicht wiedergewählt	28
Hungerbühler Markus (CVP)	3	16.06.2011	7	nicht wiedergewählt	32
Weyermann Karin (CVP)	7 und 8	15.09.2011	7	nicht wiedergewählt	11
Monn Thomas, Dr. (SVP)	6	19.05.2010	8	nicht mehr angetreten	4
<b>9–12 Jahre</b>					
Regli Daniel, Dr. (SVP)	11	25.06.2009	9	nicht mehr angetreten	91
Küng Peter, Dr. (SP)	4 und 5	15.11.2007	11	nicht mehr angetreten	23
Hüssy Kurt (SVP)	12	03.05.2006	12	nicht mehr angetreten	49
Rykart Sutter Karin (Grüne)	4 und 5	03.05.2006	12	Wahl nicht angenommen	36
<b>13–16 Jahre</b>					
Mariani Mario (CVP)	9	08.07.2004	14	nicht wiedergewählt	60
Baumer Michael (FDP)	6	07.05.2003	15	Wahl nicht angenommen	57
<b>17–20 Jahre</b>					
Papageorgiou Kyriakos (SP) (06.10.1999 bis 02.05.2006 bereits GR)	11	02.11.2006	19	nicht wiedergewählt	17*
Traber Christian (CVP) (31.08.1994 bis 05.04.1998 bereits GR)	1 und 2	10.04.2002	20	nicht wiedergewählt	33*

\*ab 2002

Zum Abschluss seines Präsidialjahres hält der Ratspräsident Dr. Peter Küng (SP) eine Ansprache und bedankt sich beim Gemeinderat für die gute Zusammenarbeit.

STP Corine Mauch bedankt sich in einer Ansprache für das Engagement des abtretenden Ratspräsidenten und würdigt dessen Amtsführung.

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 3980. 2018/159

#### **Motion der FDP- und CVP-Fraktion vom 18.04.2018: Erarbeitung einer Strategie für ein «flexibles Einheitsschulhaus»**

Von der FDP- und CVP-Fraktion ist am 18. April 2018 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Strategie „flexibles Einheitsschulhaus“ zu erarbeiten, welche die folgenden Ziele erreicht:

- Die Planungs- und Bauzeit eines Schulhauses wird auf durchschnittlich fünf Jahre reduziert
- Die Kosten eines Schulhausbaus werden gegenüber heute um rund einen Drittel reduziert

Begründung:

Zurzeit fehlen in der Stadt Zürich rund 20 Schulhäuser. Es ist alles andere als ideal, diese durch modulare Schulcontainer zu ersetzen. Die prognostizierten Bevölkerungszahlen für Zürich bis 2030 zeigen, dass wir bis dann ca. 10 weitere Schulhäuser benötigen werden. Es diesem Grund braucht es nun eine „Beschleunigungsstrategie“. In kürzerer Zeit mehr Schulhäuser zu bauen, bedeutet aber auch grosse Investitionen. Deshalb sollen modulare Standardschulhäuser (ohne Architekturwettbewerb) zu deutlich tieferen Kosten als heute gebaut werden.

Mitteilung an den Stadtrat

### 3981. 2018/160

#### **Postulat von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und Andreas Kirstein (AL) vom 18.04.2018: Gewährleistung der Einhaltung von Art. 1 des Redaktionsstatuts des Tagblatts der Stadt Zürich betreffend der inhaltlichen Ausrichtung der Wochenzeitung**

Von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und Andreas Kirstein (AL) ist am 18. April 2018 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass Artikel 1 des Redaktionsstatuts des Tagblatts der Stadt Zürich jederzeit eingehalten wird. Sollte dieser Artikel verletzt werden, ist der bis 31.12.2022 geltende Vertrag der Stadt Zürich mit der Tagblatt der Stadt Zürich AG vom 7. März 2017 umgehend unter Berufung auf Ziffer 9 (S. 10) des Vertrags zu kündigen. Unter Berufung auf die gleiche Ziffer soll der Vertrag umgehend gekündigt werden, falls die neue Eigentümerschaft der Tagblatt der Stadt Zürich AG grossflächige Entlassungen auf der Redaktion der Zeitung plant oder eine vermehrte, die Einhaltung der Vorgaben des Redaktionsstatuts bezüglich Sachlichkeit und Neutralität gefährdende redaktionelle Zusammenarbeit mit anderen Gratiszeitungen in der Stadt Zürich vorangetrieben wird.

Begründung:

Erst am 7. März 2017 hat die Stadt Zürich mit der Tagblatt der Stadt Zürich AG, die damals zu 65% der Tamedia AG und zu 35% der Lokalinfo AG gehört hatte, einen auf fünf Jahre fix geltenden Vertrag abge-

schlossen, der unter anderem die Übertragung des Titelrechts «Städtisches Amtsblatt» regelt (vgl. Antworten auf und Beilagen zur Dringlichen Schriftlichen Anfrage 2018/112). Am 18. April 2018 wurde nun der erwartete Wechsel der Eigentümerschaft der Tagblatt der Stadt Zürich AG publik: Sie wird sich künftig zu 100% in den Händen der Zeitungshaus AG befinden. Die Eigentümerschaft der Zeitung, die umsonst an alle Haushalte der Stadt Zürich geliefert wird, vom Titelrecht profitiert und einen mit hoher Reputation versehenen Titel trägt, verfolgt eindeutige politische Ziele. Umso dringlicher ist es, dass die involvierten städtischen Stellen auf die Einhaltung des Redaktionsstatuts und dabei namentlich von Artikel 1 pochen. Sollte diese Einhaltung nicht gewährleistet werden können, sollten politisch motivierte Entlassungen geplant sein oder eine verstärkte redaktionelle Zusammenarbeit mit den Zeitungen der Lokalinfo AG ins Auge gefasst werden, würde dies einer erheblichen Veränderung der Ausgangslage entsprechen, unter der dieser Vertrag abgeschlossen wurde und eine sofortige Kündigung desselben unter Verweis auf Ziffer 9 des Vertrags notwendig machen.

Mitteilung an den Stadtrat

### 3982. 2018/161

#### **Postulat von Elena Marti (Grüne) und Anjushka Früh (SP) vom 18.04.2018: Bereitstellung einer Ersatzliegenschaft für das Projekt «Dosendealer/Verein Farben für Zürich»**

Von Elena Marti (Grüne) und Anjushka Früh (SP) ist am 18. April 2018 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob und wie für das Projekt „Dosendealer / Verein Farben für Zürich“ eine passende Ersatzliegenschaft bereitgestellt werden kann.

Begründung:

Dass Streetart gerade bei jungen Menschen einen hohen Stellenwert hat widerspiegelt sich in der Nutzung des Angebots vom Verein Farben für Zürich mit dem Projekt „Dosendealer“. Die Spraykunst übt eine grosse Faszination auf viele Menschen aus. Da aber vor allem das illegale Spraying im öffentlichen Raum bekannt ist, wagen sich viele nicht an die Spraydose. Mit dem Projekt „Dosendealer“ haben es die Initianten geschafft, sich als erste Anlaufstelle für Graffiti zu etablieren und so begrüssen Sie regelmässig Schulklassen oder Jugendgruppen.

Die Initianten des Projektes „Dosendealer“ haben auf dem Stierli-Areal in Zürich Seebach eine Halle aufgebaut, wo man auf 530 m<sup>2</sup> Wandfläche ohne Risiko und unter besten Bedingungen seinem Hobby nachgehen kann. Junge Kunstschafter werden bei ihrem Tun und ihrer Entwicklung aktiv unterstützt. Dieses Projekt ist weltweit einzigartig. Eine weisse Galerie bildet einen Kontrast, regelmässig werden dort Werke von verschiedenen regionalen, nationalen oder internationalen KünstlerInnen ausgestellt. Ausserdem werden 6 Atelierräume für junge KünstlerInnen angeboten.

Durch regelmässige Veranstaltungen hat sich die „Dosendealer-Halle“ zu einem Kunst- und Kulturtreffpunkt etabliert. Gäste aus aller Welt wurden bereits willkommen geheissen und so der Austausch zwischen internationalen und regionalen KünstlerInnen gefördert.

Nun gibt es aber neue Pläne für das Stierli-Areal in Seebach, die Real Estate AG plant teilweise den Abriss des alten Industriegebäudes und möchte ein Zollfreilager für Kunst schaffen. Wird der Umbau in Angriff genommen wird es keinen Platz mehr geben für das innovative Spray-Projekt und somit auch keinen Platz mehr für legales Spraying. Dies wäre ein ungemeiner Verlust für die Kunst & Graffiti-Szene und somit auch ein Verlust für das kulturelle Leben in der Stadt.

Die Stadt profitiert von diesem Projekt und soll eine passende Ersatzliegenschaft anbieten. Damit die SprayerInnen ihr künstlerisches Schaffen weiterhin im legalen Rahmen nachgehen und dabei auch unterstützt werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

**3983. 2018/162****Schriftliche Anfrage von Elisabeth Schoch (FDP) und Guy Kraysenbühl (GLP) vom 18.04.2018:****Wohnungssituation für ältere Menschen in der Stadt, Einschätzung der Nachfragesteigerung und mögliche Hilfestellungen der Beratungsstelle «Wohnen im Alter» sowie Wartefristen und Wartelisten für städtische Alterswohnung und Kriterien für deren Vergabe**

Von Elisabeth Schoch (FDP) und Guy Kraysenbühl (GLP) ist am 18. April 2018 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Wohnungsmarkt in der Stadt Zürich ist nach wie vor sehr angespannt. Besonders für nicht privilegierte Personen ist die Situation sehr schwierig. Zu diesen nicht privilegierten Personen gehören zunehmend ältere Menschen. Diese haben meist den grössten Teil ihres Lebens in der Stadt Zürich verbracht, werden dann aber aufgrund eines Umbaus, einer Sanierung oder einer anderen Veränderung der Lebenssituation nochmals gezwungen, ein neues Zuhause zu finden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Kann in der Beratungsstelle „Wohnen im Alter“ eine solche Nachfrage-Steigerung festgestellt werden? Wie viele Fälle von „Wohnungsnot“ sind jährlich zu verzeichnen?
2. Ist in den letzten Jahren eine Häufung von „Wohnungsnot“ zu verzeichnen? Wenn ja, worauf ist dies zurück zu führen?
3. Welche Lösungen kann die städtische Beratungsstelle anbieten? In wie fern werden auch private und gemeinnützige Institutionen berücksichtigt?
4. Wie viele städtische Alterswohnungen stehen zur Verfügung? Gibt es auch ausserhalb der Stiftung für Alterswohnen Alterswohnungen der Stadt Zürich?
5. Gibt es Wartefristen resp. Wartelisten? Wenn ja:
  - a. Wie viele Personen sind auf dieser Liste?
  - b. Wie lange sind die Wartefristen?
  - c. Gibt es eine regelmässige Kommunikation mit den Personen auf der Warteliste? Gibt es Absagen, wenn jemand nicht den Kriterien entspricht (z.B. Lohn, Vermögen)
  - d. Welches ist das Durchschnittsalter der Personen auf der Warteliste?
  - e. Gibt es eine Verpflichtung der Personen auf der Warteliste, dass sie innerhalb der nächsten X Monate einziehen müssen, wenn ein Angebot da ist oder gibt es viele Personen, die sozusagen „auf Vorrat“ mal angemeldet sind? (analog früherer Warteliste bei den Alters- und Pflegezentren)
6. Welche Kriterien werden bei der Vergabe von Alterswohnungen angewendet?
7. In der Broschüre „Wohnen im Alter“ wird genannt, dass bei Mietbeginn „mindestens eine Person über 60 Jahre alt sein muss“. Wie wird dieses Kriterium angewendet? Ist das vor der demografischen Entwicklung noch adäquat?
8. Gibt es im Rahmen von Durchmischungsanforderungen Auflagen an subventionierte und städtische unterstützte Wohnbauträger, wie viele Alterswohnungen geschaffen werden müssen?

Mitteilung an den Stadtrat

**3984. 2018/163****Schriftliche Anfrage von Elisabeth Schoch (FDP) vom 18.04.2018:****Aufhebung von Parkplätzen als Folge von Baustellen im Kreis 5, Anzahl der aufgehobenen und wieder markierten Parkplätze sowie mögliche Massnahmen zur Eindämmung des Suchverkehrs und zur Unterstützung des Gewerbes**

Von Elisabeth Schoch (FDP) ist am 18. April 2018 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit einiger Zeit gibt es im Kreis 5 verschiedenste Baustellen und es wurden Parkplätze im grösseren Ausmass aufgehoben. Die Parkplatzsuche für Anwohner mit blauen Parkkarten gestaltet sich zunehmend schwierig und langwierig, da immer noch gleich viele Karten im Umlauf, jedoch für weniger blaue Parkplät-

ze, sind. Zudem kann es nicht das Ziel sein, die Quartierbewohner durch den Suchverkehr zusätzlich zu belasten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele blaue Parkplätze wurden im Kreis 5 in den letzten 12 Monaten aufgehoben, wie viele wurden wieder neu dem Quartier zugeführt? Bitte um Auflistung von blauen und weissen Parkplätzen.
2. Welche Massnahmen sind vorgesehen, um den Suchverkehr durch Bewohner mit blauer Parkkarte im Quartier (aktuell bis zu 40 Minuten) wieder auf ein erträgliches Niveau zu bringen? Dabei gilt es auch, den Suchverkehr wieder auf ein erträgliches Niveau zu bringen.
3. Welche Massnahmen wurden ergriffen, damit das Gewerbe unter den Baustellen nicht über Gebühr belastet wird?
4. Wäre es möglich, dass während der regen Bauzeit im Quartier, die blauen Parkkarten auch für die weissen Parkfelder gelten?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

**3985. 2011/495**

**Weisung vom 08.03.2017:**

**Motion von Hans Jörg Käppeli und Thomas Wyss betreffend Erarbeitung eines Konzeptentscheids für eine Tramlinie nach Affoltern unter hälftiger Beteiligung des ZVV, Antrag auf Fristerstreckung**

Der Stadtrat zieht die Weisung zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

**3986. 2018/7**

**Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP) und Elisabeth Liebi (SVP) vom 10.01.2018:**

**Städtische Schulraumplanung, Hintergründe zur prognostizierten Zunahme der Schülerinnen und Schüler bis ins Jahr 2024 und zum errechneten Schulraumbedarf sowie zur Koordination der Planung mit den Finanzplafonds und dem Aufgaben- und Finanzplan (AFP)**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 269 vom 4. April 2018).

**3987. 2018/10**

**Schriftliche Anfrage von Eduard Guggenheim (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 11.01.2018:**

**Ausrüstung der Dienstfahrzeuge der Stadtpolizei für Blaulichteinsätze, Möglichkeiten für eine Nachrüstung mit Head-up-Displays**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 266 vom 4. April 2018).

Nächste Sitzung: 16. Mai 2018, 16 Uhr.